Landecker Stadtblatt.

Amtliches Anzeigenblatt der städtischen Behörden.

Oeffentlicher Anzeiger für die Grafschaft Glatz.

Erscheint 2 mal wöchtl. Mittwoch u. Sonnabend mit einer bebilderten Unterhaltungsbeilage. Bezugspreis durch unsere Austräger oder durch die Post 1,20 M. vierteljährl. In der Geschäftsstelle abgeholt 30 Pf. monatlich, 90 Pf. vierteljährlich.

Nr. 91. 46. Jahrgang.

Mittwoch, den 12. November 1919.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile 15 Pf., von auswärts 25 Pf. Bei Anzeigen fürs ganze Jahr entsprechende Ermäßigung. Anzeigen müssen spätestens Dienstag oder Freitag Vorm. aufgegeben werden.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

10. bis 26. November

Aus Landeck und Allgemeines.

(Nachdruck unserer Original-Berichte verboten.)

Landeck, den 11. November 1919.

n. Herrn Pfarrer Heinze wurde für die Tätigkeit als Militärseelsorger das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

T. Sonntag, den 9. 11. d. Js. hielt der **Arbeiterverein** seine statutenmäßige Versammlung im Gasthaus zum Schießhaus ab. Der Vereinspräses eröffnete die Versammlung mit einem allgemeinen Liede. Der Ansprache des Präses, welcher auf die Bedeutung des 9. November, als dem Jahrestage der Revolution hinwies und die Licht- und Schattenseiten derselben beleuchtete, lauschten die zahlreich erschienenen Mitglieder und sollten am Schlusse der Ansprache den gebührenden Dank. Die Ansprache brachte eine lebhafte Debatte nach sich, an der sich verschiedene Herren beteiligten. Immer herrscht noch eine gewisse Aengstlichkeit unter den Mitgliedern, sich an einer Debatte zu beteiligen. Möchten doch die Mitglieder des Arbeitervereins sich bewußt werden, daß auch sie die Berechtigung und Verpflichtung haben ihren Mund und ihre Sprache zur Hebung der guten Sache zu gebrauchen und daß sie sich an den Mitgliedern anderer Vereine ein Beispiel nehmen, wie da ein jeder sein Mundwerk gebraucht. Alle Furchtsamkeit und Aengstlichkeit muß beiseite gelegt werden und frei und offen bekannt werden zu welcher Fahne man gehört. Nach dem Absingen eines weiten sehr schönen Volksliedes wurde die Anregung gegeben, daß sich die Mitglieder welche sangesfreudig sind, dem Männer-Gesang-Verein Landeck anschließen sollen, um bei demnächstigen Vergnügen pp. durch eigene Gesangsaufführungen zur Hebung der Stimmung beitragen zu können. Eine Ehrenpflicht der älteren Vereinsmitglieder und zum größten Teil der Familienväter ist es und wurde es den erschienenen und wird es hierdurch auch den nichterschienenen Mitgliedern ans Herz gelegt, ihre Söhne und Töchter zu den Versammlungen mitzubringen, denn auch die Jugend gehört in den Arbeiterverein. Beschlossen wurde noch, daß ein Christbaumfest demnächst die Mitglieder gemütlich vereinen soll. Die nächste ordentliche Versammlung wurde für den 30. 11. festgelegt. Möchten doch dem Vereine noch recht viele Männer und Frauen beitreten und möchte doch ihr gutes Beispiel wirken, daß auch noch fernstehende sich den Anschluß an den Arbeiterverein suchen. Ganz besonders sei dies auch den Frauen ans Herz gelegt. Jeder kommt bestimmt dabei auf seine Rechnung, wenn auch keine goldene Berge als Lockmittel zum Beitritt versprochen werden.

+ Die Sonntagsversammlung des kath. **Gesellenvereins** erfreute sich so zahlreicher Beteiligung, daß der Saal des Gasthofs „Deutscher Kaiser" voll besetzt war. Als Einleitungslied trug diesmal die Gesangsabteilung aus dem Meistersänger „Die Heimat der Seele" und das Kolpinglied vor. In längerem zeitgemäßen Vortrage sprach darauf der Präses über „Die goldene Internationale". Der dem Vereinsgesang gewidmete Teil der Verhandlungen bot diesmal eine reiche Fülle verschiedener weltlicher Lieder. Der als Gast anwesende Beigeordnete, Handschuhfabrikant Neumann erwähnte darauf in einer Ansprache die Bedeutung des 9. November und dessen Folgeerscheinungen.

* **Freiw. Sanitäts-Kolonne Landeck.** Die am Sonnabend im Gasthof „Deutscher Kaiser" abgehaltene Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Apotheker Zühl. Als erster Punkt kamen die neu ausgearbeiteten Statuten zur Verlesung und wurden von der Versammlung mit kleinen Abänderungen angenommen. Ein Schreiben des Verbandes der Sanitäts-Kolonne vom Roten Kreuz kam zur Kenntnisnahme. Als neue Mitglieder hatten sich gemeldet und wurden aufgenommen, die Herren Dr. Jahn, Dr. Weyer und Friseur Gottwald. Die Kosten für die dringend notwendige Anschaffung eines Krankentransportwagens sollen durch freiwillige Spenden aufgebracht und geeignete Schritte möglichst bald unternommen werden. Die nächste Versammlung findet am 13. Dezember im Hotel „Merkur statt. — Nach der Versammlung wurden einige Trageübungen unter Leitung des Kolonnenführers Beck ausgeführt.

B. **Pensionär-Vereinigung für Landeck und Umgegend.** Am 6. d. Mts. nachmittags kam im Gasthofe zum „Deutscher Kaiser" hierselbst die Monatsversammlung der Vereinigung der Ruhestandsbeamten und Beamtenwitwen der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, sowie der Lehrer von Landeck und Umgegend statt, die leider nur von 25 Mitgliedern besucht war, obgleich die Vereinigung nach der heute erfolgten Aufnahme eines Mitgliedes 72 Mitglieder zählt. Der stellvertretende Vorsitzende, Stadt-Haupt-Kassen-Rendant a. D. Böttcher eröffnete wegen Krankheit des Vorsitzenden, Güter-Vorstehers a. D. Schaffert die Sitzung, begrüßte die Erschienenen und hieß sie im Namen der Vereinigung herzlich willkommen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten, die viel Neues und Interessantes bot, namentlich betreffs Teuerungszulagen, der Regelung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, des Witwengeldes für die von Ruhestandsbeamten nachgeheirateten Frauen und der Beschaffungsbeihilfen, sowie der Versorgung von Hausbrandkohle für die minderbemittelten Mitglieder. Für die Teuerungszulagen usw. sind uns sämtliche bürgerlichen Parteien, also Zentrum, Deutschnationale, Demokratische und Deutsche Volkspartei wohl gesinnt, was deren Schreiben an uns beweisen, sodaß wir auf Erfüllung unserer gerechten Wünsche werden rechnen können. Die Angelegenheit betreffs der Versorgung mit Hausbrandkohle mußte vertagt werden, weil erst der Bescheid der Ortskohlenstelle hierselbst auf unsere an dieselbe gerichtete Eingabe abgewartet werden soll. Wenn doch die Ruhestandsbeamten und Beamtenwitwen, die unserer Vereinigung noch fern stehen, hieraus ersehen möchten, wie wir um unser Wohl und Wehe bemüht sind, so dürften sie wohl keinen Augenblick zögern, sich uns anzuschließen, bezw. Mitglied unserer Vereinigung zu werden zumal der Jahresbeitrag nur gering ist! Unsere nächste Versammlung findet Donnerstag, den 4. Dezember d. Js. im Gasthofe zum „Deutscher Kaiser" hierselbst statt.

R. **Die Ortsgruppe der unteren Post- und Telegraphenbeamten** (Landeck-Seitenberg) hielt am 9. d. M. ihre sehr stark besuchte diesjährige Herbstversammlung im Gasthaus „Zur Post" ab. Der Vorsitzende Postschaffner Rotter eröffnete um 3 Uhr die Versammlung. Herr Postmeister Liebich sowie einige Herren der mittleren Beamtenschaft waren erschienen. Dieses zeugt von dem guten Einvernehmen das jetzt zwischen allen Schichten der ganzen Beamtenschaft auf dem hiesigen Postamt besteht. Nachdem Postschaffner Rotter über die zu erwartende Personalkonferenz gesprochen hatte, wurde beschlossen beim Verbande und den leitenden Stellen dahin zu wirken daß: 1. der Betriebsdienst soweit es ohne Schädigung der mittleren Beamten geschehen kann nur den unteren Beamten, dagegen nicht den weiblichen Kräften übertragen wird. Auch soll bemerkt werden, daß die Damen nach ihrer Verheiratung aus dem Dienste ausscheiden. 2. Militäranwärter, welche erst in den Kriegsjahren kapituliert haben sollen zwar wenn genügend Stellen frei sind, in den Beamtendienst übernommen, jedoch in die Stellen eingereiht werden, die ein unterer Beamter in den Dienstjahren erreicht hat, denn die meisten unteren Beamten die im Felde waren, haben eine 6 bis 8 jährige Militärzeit hinter sich, ohne daß eine Bevorzugung in ihrer Beförderung eingetreten ist. 3. Die Beamten-Anwärter (die stellungslosen Kaufleute) die während des Krieges im mittleren Beamtendienst beschäftigt waren, sollen sobald wie möglich entlassen werden, damit ein Vormärtskommen den unteren Beamten erleichtert wird. Nachdem noch über Sonntagsdienst gesprochen worden war, soll auch dahin gewirkt werden, den Sonntagsverkehr einzuschränken, soweit es natürlich ohne Schädigung des Publikums, besonders der Geschäftswelt geschehen kann. Zum Schlusse wurde lebhaft Klage geführt darüber, daß, da die Post das Briefgeheimnis zu wahren hat, gerade der Schleichhandel in voller Blüte sein Treiben fortsetzen kann, während der Beamte nicht weiß wo er sein zum Leben Notwendiges hernehmen muß. Der Vorsitzende Postschaffner Rotter ermahnte zum Schluß zu festen Zusammenhalten im Verbande, dankte dem Herrn Postmeister sowie den anderen Herren für ihr Erscheinen.

* Das am Sonnabend im „Blauen Hirsch" abgehaltene Vergnügen des hiesigen **Radfahrer-Vereins** nahm einen gemütlichen Verlauf und sind die Teilnehmer alle auf ihre Rechnung gekommen.

* Dadurch, daß bei der Zeichnung der **Sparprämien-Anleihe** die Hälfte des Betrages in Kriegsanleihe, die augenblicklich ungefähr 80 vom Hundert notiert, zum vollen Wert, also zu 100 angenommen wird, erwerben die zukünftigen Besitzer dieser Sparprämien-Anleihe sie nicht zum Pariprreise, sondern zu ungefähr 90 Mark, d. h. sie zahlen 500 Mark bar und 500 Mark Kriegsanleihe zu 80 Mark = 400 Mark, zusammen also ungefähr 900 Mark. Bei der Tilgung erhalten sie jedoch für jedes Stück 1000 Mark plus 50 Mark einfache Zinsen für jedes verflossene Jahr. Neben diesem Vorteil kommt noch die automatisch einsetzende Kurssteigerung, so daß es sich um eine äußerst günstige Kapitalanlage handelt.

* Alle in der Zeit umlaufenden Gerüchte über Aufhebung der jetzt bestehenden gesetzlichen Handwerkerorganisationen, wie Handwerkskammern' Innungen und Zwangsinnungen, entsprechen nicht den Tatsachen. An eine Aufhebung der Handwerkskammern wird überhaupt nicht gedacht; an eine Aufhebung der Innungen und Zwangsinnungen ebenfalls nicht. Es wird lediglich um eine Aenderung des inneren Aufbaues des Innungswesens handeln. Aber auch diese Aenderung kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen und nach Auslage des Herrn Arbeitsministers Schlicke dürfte eine entsprechende Vorlage wohl kaum vor dem Jahre 1921 der gesetzgebenden Körperschaft zugehen. Es liegt also kein Grund vor, die Auflösung von Innungen zu betreiben; im Gegenteil muß eindringlich gewarnt werden, reine Mutmaßungen als Anlaß zu voreiligen Maßnahmen zu nehmen.

* **Ausbreitung und Gebühren des Postscheckverkehrs.** Der Postscheckverkehr befindet sich in erfreulich fortschreitender Ausbreitung. Das Eröffnungsjahr 1909 hatte mit einer Kontenzahl von 36427 abgeschlossen. In den folgenden fünf Jahren hatte sich der monatliche Zugang auf rund 1000. Im Verlauf des Krieges setzte eine erhöhte Werbetätigkeit ein, deren Erfolg im Jahre 1916 ein Monatszuwachs von rund 3000 und im Jahre 1917 ein solcher von rund 3400 neuer Konten war. Am 1. April 1918 trat die neue Gebührenordnung in Kraft, die die Gebührenfreiheit für die Ueberweisungen sowie die Postscheckbriefe brachte und die Gebühr für Zahlkarten dem Absender auferlegte. Eine Folge dieser grundlegenden Verbesserung war es, daß der monatliche Zugang sich auf 6—7000 Konten vermehrte. In der ersten der drei Monate des laufenden Jahres hat er sich sogar auf 10000 und darüber erhoben, sodaß die Gesamtzahl der Konten Ende Juli 326000 betrug. Die noch abseits Stehenden sollten nun auch mit dem Postscheckdienst einen praktischen Versuch machen. Aufschlaggebend für den Beitritt ist allemal die Gebührenfrage. Aber diese ist auch nach der zum 1. Oktober d. Js. eintretenden allgemeinen Erhöhung im Postverkehr für den Postscheckkunden außergewöhnlich vorteilhaft. Ein Beispiel genügt: 1000 Mk. auf Postanweisung kosten 100 Pfg., mit Postscheck 20 Pfg. mit Ueberweisung nichts!

Bestellungen auf das Landecker Stadtblatt

können jederzeit erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Abonnent Kleban Schles. Ihrem Wunsche wird in nächster Zeit wieder entsprochen werden. Frdl. Gruß!

oc. **Zeitbilder.**

Wie wir durch den Winter kommen, — ist ein trauriges Kapitel, — keine Kohlen, keine Kleidung, — meist auch keine Nahrungsmittel, — keine Wagen, die wir brauchen — zum Betrieb der Eisenbahn, — keine Strom- und Gaserzeugung; — wie ein böser Fieberwahn — liegt auf unserm ganzen Lande — diese jetzige schwere Zeit, — täglich fragt man sich mit Bangen, — was uns nächstens noch „erkrankt". — Nur noch mit politischer Hetze — wird das ganze Volk gespeist, — die den Weg empor zur Höhe — niemals je uns wieder weist. — Nur mit wütendem Geklaffe — zankt man sich tagaus tagein, — und die letzten guten Sitten — schlafen so allmählich ein. — Draußen unsre Gegner aber — warten auf den einen Tag, — wo die Möglichkeit zum Handeln — sich für sie ergeben mag, — wo sich erst ein Vorwand findet, — um in fremden Uebermut — aus den Händen uns zu reißen — unser letztes Hab und Gut. — Und der dumme deutsche Michel — glaubt noch heute felsenfest, — daß mit jenen einstigen Freunden — es sich ehrlich leben läßt, — daß die schönen Worte alle, — womit man uns einst genaht, — unsre Gegner wandeln werden — auch erspricht noch in die Tat. — Deutsche, lernt den Haß erkennen, — der noch immer drüben lohnt, — der bis in die fernsten Zeiten — unser Vaterland bedroht. — Einigt Euch in Ruh und Frieden, — ehe es dazu zu spät, — eh' des deutschen Volkes Zukunft — ganz und gar verloren geht!

Walter-Walter.

Provinzielles.

Breslau. (Massenflucht von Straigefangenen.) Am Donnerstag machten Gefangene des hiesigen Gefängnisses einen Befreiungsversuch. Als sie beim Abendessen in einer Reihe standen überfielen sie den Wächter und schlugen ihn nieder. Von den 300 Sträflingen, die zu entkommen versuchten, wurde der größte Teil wieder eingefangen. Etwa 100 Mann sind flüchtig geworden.

Breslau. Bedeutende Frostschäden hat der jetzt eingetretene Frost angerichtet. Zahlreiche Automobile, der Heeresverwaltung gehörig, stehen auf der Herdainstraße. Man hat es leider verabsäumt, die wertvollen Wagen rechtzeitig in geschützte Räume zu bringen, so daß sie den Unbilden der Witterung ausgesetzt waren. In den Kühlern der Motore befindet sich Wasser, welches bei der Kälte einfror. Die Kühler sind infolgedessen zerfroren und die Motore unbrauchbar geworden, da das sie umgebende Wasser auch eingefroren ist. Das bedeutet, so wird aus Fachkreisen mitgeteilt, einen Schaden von nahezu 100 000 Mark. Die Waren waren instandgesetzt und sollten aus Ausland verkauft werden, müssen nun aber neue Motore eingebaut erhalten.

Waldenburg. (Der neue Landrat.) In der Kreisausschußsitzung wurde den Kreistagsmitgliedern der zukünftige Landrat des Kreises Waldenburg in der Person des bisherigen Gewerkschaftssekretärs Mücke aus Breslau vorgestellt. Dieser übernahm die Kreisgeschäfte, zunächst vorläufig bis zu seiner endgültigen Ernennung. Wie mitgeteilt wird, ist Mücke geborener Waldenburger und war früher Bergmann. Politisch soll er den Mehrheitssozialisten angehören.

Hirschberg. In Schmiedeberg wurde der Bergmann Schmidt, seine Frau und der 22 Jahre alte Sohn heute morgen in der Wohnung an Kohlenoxydgas erstickt aufgefunden.

Bunzlau, 9. November. (Der silberne Schützenlöffel im Pferdedarm). Vor wenigen Tagen ist beim Magistrat zu Bunzlau ein Schreiben von der Tierklinik in Liebstadt eingegangen, in dem bekannt gegeben wurde, daß dort ein Pferd in Behandlung sei, das durch natürliche Ausscheidungen einen silbernen Löffel zutage förderte, auf dem die Gravierung „E. Jeche-Legat, Bunzlau, 1. 10. 1878" deutlich zu erkennen war. Der Magistrat wurde daher um Auskunft über den mutmaßlichen Eigentümer des silbernen Löffels ersucht. Dieses Schreiben gelangte nun in die Hände des Vorsitzenden der Bunzlauer Schützengilde, und dieser konnte aus den alten Schießbüchern ermitteln, daß tatsächlich am 1. Oktober 1867 ein Legat-Schießen um einen „Jeche-Löffel" stattgefunden hat, und daß dieser von dem 1872 von hier an einen unbekannten Ort verzogenen Bäckermeister Jentsch erschossen wurde. Vermutlich ist dieser Löffel beim Eingeben einer Medizin von dem erkrankten Pferde mit verschluckt worden. Dieser Legatlöffel, der vor 52 Jahren ausgeschossen wurde, um dann als Medizinlöffel für einen kranken Gaul Verwendung zu finden, wird jedenfalls für immer eine Sehenswürdigkeit unter dem Inventar der Schützengilde von Bunzlau sein.

Grüssau. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in dem nahen Ullersdorf. Der erst zugezogene Förster Joppich legte sein geladenes Gewehr auf den Tisch. Schnell ergriff sein 4 jähriges Söhnchen das Gewehr. Die Waffe entlud sich. Das Geschoß traf den Vater an die Schlagader, so daß er infolge Verblutung sofort verstarb. Das Kind hat vor Schreck die Sprache verloren. Unglücklicherweise befindet sich die Frau des Verunglückten in Magdeburg bei einer Hochzeitsfeier.

Inserate haben im Stadtblatt besten Erfolg!

„Der Rat hat festgestellt . . .“

Unser O.-Mitarbeiter schreibt:

Der „Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen“ wächst sich immer mehr und mehr in die Rolle der leidhaftigen Vorlehung für die Völker dieser Erde hinein. Zwei- oder dreimal in der Woche tritt er in Paris zusammen und erläßt rasch ein paar Gesetze, nach denen das Weltgeschehen sich fortan zu richten hat. Dabei verfährt er mit einer Erhabenheit über alle sonstigen Grundsätze menschlichen und staatlichen Lebens, die an Großartigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Zum Beispiel: die Polen beklagen sich darüber, daß die preußische Regierung für Oberschlesien Gemeindewahlen ausgeschrieben hat, und behaupten, daß die notwendige Freiheit dieser Wahlen nicht gewährleistet sei. Flugs wird Deutschland durch eine Note aufgefordert, die Wahlen erst nach Eintreffen der internationalen Volksabstimmungskommission stattfinden zu lassen, der die vorübergehende Verwaltung des Landes übertragen werden soll. Die Demokratie in den Gemeinden ist sonst schon überall in Preußen durchgeführt, nur in Oberschlesien mußte damit gewartet werden, weil der — vorläufig — letzte Polenaufstand dazwischenkam. Damals begaben sich militärische und zivile Entente-Kommissare an Ort und Stelle, um sich durch eigenen Augenschein von dem wahren Stande der Dinge zu überzeugen. Sie müssen nichts für Deutschland Belastendes wahrgenommen haben, denn unsere Verwaltung blieb im großen und ganzen unangetastet. Jetzt aber, wo diese Verwaltung in kommunalen Grenzen auf das Volk selbst übergehen soll, genügt eine Denunziation von polnischer Seite, um den Obersten Rat auf den Plan zu rufen. Er fällt den deutschen Behörden in den Arm — mit dem Erfolg, daß die Demokratie, für die er „bekanntlich“ unermüdlich tätig ist, vor Oberschlesien einstweilen wieder teletmachen muß. Und das auf Grund des Friedensvertrages, den in Kraft zu setzen er im übrigen noch immer keine Zeit gefunden hat.

Genau so einseitig wird mit der Auslegung des Waffenstillstandsvertrages verfahren. Anscheinend rechnet man in Paris nachgerade mit der Möglichkeit, daß er in absehbarer Zeit einmal durch den Friedensvertrag abgelöst werden wird; also muß vorher noch rasch „festgestellt“ werden, inwiefern Deutschland es an der Erfüllung seiner tausendundein Verpflichtungen hat fehlen lassen. Die angeblich unerledigt gebliebenen Punkte sollen natürlich in der einen oder andern Form sowieso auf neue Rechnung übernommen werden. Was geschieht? Auch hier wird ohne viel Federlesen verfahren. Die hohen Herren lassen sich einen Bericht erstatten über die „von Deutschland verletzten Klauseln des Waffenstillstandes in militärischer Hinsicht, in Schiffahrtsangelegenheiten und in finanzieller Beziehung“; auch die Verletzung von Flottenklauseln wird nicht vergessen — wobei die Versenkung unserer Kriegsschiffe in Scapa Flow nicht vergessen sein dürfte — und nun werden wir wohl bald erfahren, was wir alles zu tun haben, um den Zorn dieser Allmächtigen einigermaßen zu beschwichtigen. Niemand kommt etwa auf den Gedanken, daß man sich vorher mit uns vielleicht in Verbindung zu setzen hätte, um zu hören, was wir zu diesen Berichten zu sagen hätten: wir werden immer zugleich angeklagt und verurteilt, das ist viel einfacher und rascher zu bewerkstelligen. Noch weniger wird natürlich die Frage aufgeworfen, ob denn der Waffenstillstandsvertrag auf der Gegenseite in allen seinen Punkten treu und ehrlich erfüllt worden ist — das wäre ja ganz und gar unter der Würde dieser Göttergleichen. Wir aber erinnern uns der unzähligen Proteste, die von Berlin aus wegen schlimmer und schlimmster Vertragsverletzungen nach Paris gerichtet worden sind, und wir wollen hoffen, daß auch die deutsche Regierung einen „Bericht“ aufnehmen wird, wenn der richtige Zeitpunkt dafür gekommen ist.

Die Herren in Paris scheinen um so forscher auftreten zu wollen, je mehr sie sehen, daß das stolze Gebäude des Versailler Friedensvertrages von Rissen und Sprüngen bedroht wird. Soeben hat in Brasilien der Kammerausschuß beschlossen, den Friedensvertrag zu genehmigen, mit Ausnahme der Bestimmung über den Prozeß gegen Wilhelm II. Und der amerikanische Kongreß hat Herrn Wilson das Recht verweigert, vor der Ratifikation des Vertrages — mit der es in Washington noch gute Wege hat — offiziell amerikanische Delegierte für die internationale Arbeiterkonferenz zu ernennen, trotzdem die Einladungen zu ihr von eben diesem Herrn Wilson ausgegangen sind. Werden unsere neuen Staatsmänner es verstehen, besser als den früheren gegeben war, aus diesen nicht ganz harmonischen Anzeichen für den inneren Zusammenhalt der Koalition, die uns vernichtet hat, einigen Nutzen für Deutschland herauszuholen?

Ferien!

Vertagung der N.-V. bis 20. November.

Über die 119. Sitzung der Nationalversammlung, der letzten vor den Ferien, schreibt ein parlamentarischer Mitarbeiter:

Die deutsche Volksvertretung ging heute nachmittag in die Ferien, nachdem sie die dritte Lesung des gesamten Reichshaushaltes und verschiedene kleinere Angelegenheiten erledigt hatte. Die soeben abgelaufenen Tagungen waren ungemein arbeitsreich. Vom 30. September bis zum 29. Oktober hat die Nationalversammlung täglich Sitzungen, darunter viele von langer Dauer abgehalten; nur die Sonntage und ein Montag sind sitzungsfrei gewesen. In den 27 Sitzungen, die in diese Zeit fallen, von der 87. bis zur 113., ist vornehmlich die Beratung des Reichshaushaltes erledigt worden. Außerdem wurde von dem sehr wichtigen Gesetzentwurf, der den Ersatz der durch Aufruhr verursachten Schäden betrifft, sowie von einigen kleineren Gesetzentwürfen die erste Lesung vorgenommen. Ferner sind einige kleinere Vorlagen, z. B. die Änderung des Branntweinmonopolgesetzes durchberaten und verabschiedet worden. Endlich hat man über eine Anzahl von Interpellationen eingehend beraten. Daneben hat eine Menge kurzer Anfragen Beantwortung gefunden. In den nächsten drei Wochen sollen die Ausschüsse fleißig tätig sein und Ende November sowie Anfang Dezember wird sich die Nationalversammlung mit wichtigen Steuervorlagen zu beschäftigen haben. Diese Zeit wird ebenso arbeitsreich sein, wie die jetzt abgelaufene. Die heutige Sitzung war bereits erfüllt von Ferienstimmung. Die meisten Abgeordneten sehnten sich nach Hause und viele warteten nicht einmal den Schluß der Sitzung ab, um sich nach dem Bahnhof zu begeben. Man wollte unter allen Umständen fertig werden, und man wurde fertig, noch früher, als man erwartet hatte.

*

In dieser Sitzung erklärte Finanzminister Erzberger, daß der Etat von 1918 mit 79 Milliarden abschloß; der Etat von 1920 werde 20 Milliarden weniger betragen; der Etat von 1919 betrage 57½ Milliarden. Die Reichsschuld betrage 212 Milliarden. (Vor dem Kriege hat die Reichsschuld nur 5 Milliarden betragen.)

*

Der Reichsetat wird von den Mehrheitsparteien gegen die Deutschnationalen, Deutsche Volksparteiler und Unabhängigen angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Französische Strafgefangenenlager! Der Abg. Gerstenberger (Zentr.) fragte im Hinblick auf Aussagen des Jägers Anton Kleiter aus Mühldorf a. Inn, der aus einem französischen Strafgefangenenlager bei Arras entkommen ist, ob der Regierung bekannt sei, daß deren Angehörige weder in den Gefangenenlisten aufgeführt werden, noch jemals nach Hause schreiben dürfen, so daß sie ihren Angehörigen als vermißt oder tot gelten, und was sie gegen derartige grauame Völkerrechtswidrigkeiten in Frankreich zu tun gedenkt, daß die Angehörigen dieser unglücklichen Gefangenen wenigstens wieder in schriftlichen Verkehr mit ihnen treten können.

Sperrung der schleswigschen Südgrenze. Da in der letzten Zeit große Verschiebungen von Gütern, insbesondere von Vieh- und Getreidetransporten, von Süden in das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet stattge unden haben, ist die Südgrenze des Abstimmungsgebietes durch Truppen gesperrt worden. Alle Getreide-, Vieh- und sonstigen Warentransporte, welche die Linie passieren, bedürfen einer Genehmigung des Demobilmachungskommissars.

England.

Der verderbliche Vertrag von Versailles. Auch in den Ländern der Alliierten ist das Gefühl deutlich, daß der Völkerbund, wie ihn der Versailler Vertrag auffaßt, die Karikatur eines Bundes der Völker ist. Der Herzog von Northumberland hat in einer in Cambridge gehaltenen Rede erklärt, der Völkerbund sei weder auf ethischer noch auf moralischer Grundlage aufgebaut. Die vom Wiener Kongreß ersteilte Lösung sei in keiner Hinsicht verderblicher gewesen als das Ergebnis der Versailler Konferenz. Der einzige Unterschied sei der, daß der Wiener Kongreß ehrlich gewesen sei.

Schweiz.

Der Bundesrat für die Blockade Sowjetrußlands. Der Bundesrat weist in seiner Antwort auf die Einladung der Entente, sich an einer Blockade gegen Rußland zu beteiligen, darauf hin, daß, nachdem Rußland sich propagandistisch in die Schweizer Verhältnisse eingemischt hätte, und die Schweizer in Rußland Verfolgungen der schlimmsten Art ausgesetzt worden seien, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden. Damit sei auch der Handelsverkehr eingestellt worden, und die Schweiz befinde sich demnach praktisch bereits in der Lage, die ihr von der Entente anempfohlen werde, so daß die Aufforderung materiell für sie gegenstandslos geworden sei. Der Bundesrat erkläre aber ausdrücklich, daß er in der Beurteilung des Falles „Sowjetrußland“ mit der Entente übereinstimme.

*

Berlin. Die Zentrumspartei wird ihren Parteitag nunmehr vom 16. bis 18. November in Berlin abhalten.

Paris. In Valenciennes ist ein großes Munitionslager in die Luft geflogen, wobei auch zahlreiche deutsche Kriegsgefangene, die dort beschäftigt waren, umkamen.

Der Kampf gegen Schieber und Wucherer.

Sondergerichte — Zuchthausstrafen.

Wie Reichsjustizminister Schiffer erklärt, ist jetzt eine große Gesetzesvorlage in Vorbereitung, die der Preistreiberei, dem Wucher und der Bestechung nach Möglichkeit Einhalt gebieten soll. Die Gesetzesvorlage soll mit möglichster Beschleunigung im Wege der Verordnung Gesetzeskraft erhalten. Die Vorlage sieht die Einsetzung von Sondergerichten, von Wuchergerichten, vor, die mit drei Juristen und zwei Laien (Produzenten und Konsumenten) besetzt sein sollen, und vor denen besonders schleunige und klare Fälle zur Aburteilung kommen sollen. Man will mit dem neuen Gesetz dem überhandnehmenden Schiebertum ein Ende bereiten, ohne auch nur im geringsten die Interessen des reellen Handels schädigen zu wollen. Ordentliche Rechtsmittel soll es gegen die Urteile der Wuchergerichte nicht geben. Dagegen soll eine Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig sein, ohne allerdings die Vollstreckung des Urteils zu beeinträchtigen. Die Urteile sollen veröffentlicht werden. Fälle, in denen umfangreiche Zeugen- oder Sachverständigenbeweise erforderlich werden, sollen von den Sondergerichten nicht abgeurteilt werden, sie sollen vielmehr den ordentlichen Gerichten überwiesen werden. Die Strafen, die die Wuchergerichte verhängen können, werden sehr schwere sein. In besonders schwer liegenden Fällen sollen Zuchthausstrafen zulässig sein. Auch Untersagungen des Handels können ausgesprochen werden.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Zwei deutsche Noten an die Entente wenden sich gegen die Blockade der Ostsee und Sowjetrußlands.

* Die deutsche Regierung hat beschlossen, daß alle noch im Baltikum befindlichen deutschen Truppen, die nicht bis zum 11. November über die deutsche Grenze zurückgewandert sind, ihre Staatsangehörigkeit und damit auch alle Versorgungsansprüche verlieren.

* Die deutsche Nationalversammlung nahm den Gesamtetat an und vertagte sich bis zum 20. November.

* An der Saar und in Elsaß-Lothringen ist es zu mehrfachen blutigen Aufstandsbewegungen gegen die Franzosen gekommen.

* In Frankreich beabsichtigt man, den Marschall Foch als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

* Bonar Law erklärte im Unterhause, daß er die vollständige Ratifikation des Friedensvertrages und das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht vor Februar oder März 1920 erwarte.

* Die Bewegung in Indien zugunsten der Beibehaltung der weltlichen Macht des Sultans ist im Wachsen.

Sklaven des Goldes

Roman aus dem Frauenleben von Käthe Langenmayr.

31] (Nachdruck verboten.)

Der Wagen rollte schnell durch die Dunkelheit. Adalbert sah wieder still zum Fenster hinaus, und wenn er sich auch Mühe gab, an all die wirtschaftlichen Fragen zu denken, über die er in Klingtal gesprochen hatte, seine Gedanken gehorchten ihm nicht.

Wie die Grashalme draußen, über die der Wind fegte, neigten sie sich alle nach einer Seite — da half nichts, er konnte nichts dagegen tun, er mußte an Else Dorn denken. Und er mußte vergleichen. — Mit ihr würde er seine Sorgen und seine Hoffnungen besprechen können, sie würde ihn verstehen und ihm Rat geben, sie würde so verständig sein wie Anna Glüsing, aber sie würde dabei viel reizender sein.

Anna Glüsing war eine frische, kräftige Frau mit einem rosigen Gesicht und treuen Augen, aber Else war viel lieblicher. —

*

Hans Glüsing hatte mühsam und klein angefangen, aber er war fleißig gewesen und hatte Glück gehabt — so hätte man es also auch machen können. —

Der Wagen hielt. Mit einem tiefen Seufzer fuhr Adalbert aus seinen Gedanken auf.

Klärchen gähnte, als sie ausstieg, und sagte: „Du hast wohl auch geschlafen?“

Dann traten beide ins Wohnzimmer, wo die drei Schwestern zusammen saßen. „Wie war's denn in Klingtal?“ fragte Tante Pauline neugierig.

Klärchen berichtete.

Als sie den entsetzlichen Landweg erwähnte, nahm Josephine ein Notizbuch aus der Tasche und schrieb einige Worte hinein.

„Der Weg muß also gebessert werden, wenn du öfter dahin fahren willst“, bemerkte sie dabei.

„Ach, ich habe keine Lust, mit den Klingtalern umzugehen. Wie die Leute sind! — Tante Pauluchen, du kannst es dir gar nicht denken. So dicke, rote Hände hat Frau Glüsing — und sie kocht selbst und stopft Betten und sie haben für gewöhnlich nur eine Stube geheizt, glaube ich. Und dann ist ein Fräulein da bei den Kindern — die kennt Else Dorn. Denke dir, Tante Pauluchen!“

„Nimm doch mal ein paar Tropfen, Klärchen, du bist so aufgeregt. Vielleicht hast du Fieber“, sagte Frau Käte und suchte in ihrem Pompadour nach dem Arzneifläschchen.

„Laß doch, Mama. Ich nehme keine Tropfen. Ich bin ganz gesund“, wehrte Klärchen ab. „Denke dir, das Kinderfräulein hat mit Else Dorn zusammen gelernt. Sie schreiben sich noch!“

„Das ist doch nichts Besonderes, Klärchen. Du hast doch gewußt, daß der Major Dorn gestorben ist, und bei solchen Leuten hört dann das gute Leben auf.“

„Ja — aber Else weiß gewiß noch nicht, daß wir jetzt in Elberin sind. Ich habe gesagt, das Kinderfräulein soll es ihr schreiben. Dann wird sie sich ärgern. Nicht wahr, Tante Pauluchen?“

„Sicherlich — tüchtig wird sie sich ärgern. Viel mehr, als du dich damals auf dem Ball über sie geärgert hast. Siehst du, ich habe es dir gleich gesagt, es wird noch ganz anders. Jetzt ist sie Kinderfräulein bei fremden Leuten, und unser Klärchen ist die gnädige Frau auf Elberin.“

„Rede nicht so töricht“, sagte Josephine rauh. „Was geht's dich an, was andere Leute tun? Sorge lieber dafür, daß Klärchen Tee bekommt. Willst du auch noch etwas essen, Kind?“

Josephine war die einzige, die auf Adalbert geachtet hatte, der, ohne sich an dem Gespräch zu beteiligen, in dem großen Zimmer auf und ab gegangen war.

Der Schein der Lampe reichte nicht bis zu ihm, aber Josephine merkte doch, daß er blaß und sehr ernst aussah.

Sie ärgerte sich über Pauline. Es war doch wirklich nicht nötig, daß Adalbert von diesen alten Geschichten etwas erfuhr.

Klärchen wollte nichts essen.

„Du hast keinen Appetit? Dann nimm doch lieber eine von meinen Pillen. Das hilft. Und wenn es morgen nicht besser ist, nimmst du zwei —“

Frau Klära suchte in ihrem Pompadour, aber Klärchen wollte keine Pille nehmen.

„Ich bin doch gesund, Mama. Wir haben in Klingtal gegessen. Es gab gebratene Hühner. Eigentlich sollte es Gänsesauer geben —“ und Klärchen erzählte noch einmal, was sie zu Frau Glüsing gesagt hatte.

„Das war klug gemacht. Leuteessen!“ lachte Pauline und klatschte kindisch in die Hände.

Adalbert ging an die Tür. „Gute Nacht“, sagte er kurz und ging hinaus.

Er konnte diese Unterhaltung nicht mehr mitanhören. Jedes Wort traf ihn wie ein Schlag, wie ein Schlag, der das Gebäude seines Glücks zertrümmerte — oder doch zertrümmern wollte.

War er denn bisher blind und taub gewesen — oder hatte sich wirklich heute alles verändert?

Lange stand er in seinem Zimmer am Fenster und sah auf den Wirtschaftshof, der im Mondschein vor ihm lag.

Ein liebes, vertrautes Bild.

Wie oft hatte er hier gestanden und über neue Arbeiten und Pläne nachgedacht, wie eifrig hatte er noch heute nachmittag mit dem Nachbar, mit dem netten Glüsing, von allerlei gemeinsamen Plänen und Verbesserungen gesprochen.

Sollte denn das alles vorbei sein — was war denn nur geschehen?

Ist es denn möglich, daß alles, was bisher schön und fest und ewig war — oder zu sein schien — jetzt plötzlich zusammensank und Schutt und Asche wurde, wir weil ein paar unbedachte Worte gesprochen worden waren?

Konnte er nicht alles falsch verstanden haben, würden ihm nicht die Tanten und Klärchen alles harmlos erklären können, wenn er sie morgen danach fragen würde?

Aber er würde nicht fragen. —

(Fortsetzung folgt.)

Der Eid auf die Verfassung.

Eine Erklärung katholischer Kirchenkreise

In einem Artikel in der Kölnischen Volksztg. hatte Prälat Dr. Mausbach zur Frage der Eidesleistung ausgeführt, „daß für jeden, der die Notwendigkeit gesetzlicher Ordnung im Reiche anerkennt und daraus heute ehrlich die Folgerungen zieht, ein sittliches Hindernis nicht besteht, den Eid auf die neue Verfassung zu leisten". Dazu wird nun dem Blatt von hoher kirchlicher Stelle folgendes mitgeteilt:

„Der Eid auf die neue Verfassung des Deutschen Reiches hat für Katholiken insofern die größten Bedenken, als nicht geleugnet werden kann, daß in der Verfassung sich Bestimmungen finden, die mit den unveräußerlichen Rechten der katholischen Kirche kollidieren. Katholiken werden daher den Eid auf die Verfassung nicht ohne weiteres, sondern nur unter der Voraussetzung leisten können, daß sie sich dadurch zu nichts verpflichten, was einem göttlichen oder kirchlichen Gesetze und damit ihrem Gewissen widerstreitet. Diese Voraussetzung muß als gerechtfertigt um so eher anerkannt werden, als ja die Gewissensfreiheit nach Artikel 135 der Verfassung allen Bewohnern des Deutschen Reiches feierlich zugesichert wird. Der Heilige Stuhl hat in der Vergangenheit, wenn er wegen Beeidigung von Verfassungsurkunden mit kirchlich bedenklichen Bestimmungen um sein Urteil angegangen wurde, in allen Fällen konstant dahin entschieden, daß bei solchen Verfassungsurkunden eine eidliche Verpflichtung nur bezüglich jener Bestimmungen übernommen werden könne, die weder den Geboten Gottes, noch denen der Kirche widersprechen. In Ergänzung der übrigen Ausführungen Mausbachs in dem angezogenen Artikel muß mit aller Deutlichkeit von vornherein gesagt werden, daß es für das gesamte öffentliche und private Leben höchst verhängnisvolle Wirkungen haben wird, daß in der Verfassung selbst das Wesen des Eides, d. i. die Anrufung Gottes zum Zeugen der Wahrheit für unwesentlich erklärt wird."

Diese Auslegung von kirchlicher Stelle deckt sich im großen und ganzen mit den Ausführungen, die der Münchener Erzbischof Dr. Faulhaber auf dem bayerischen Katholikentag gemacht hat.

Soziales Leben.

Die Sorge um das Schuhzeug beschäftigt angesichts des Winters und der Unerschwinglichkeit der Schuhwaren für breite Bevölkerungskreise die Öffentlichkeit in hohem Maße. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung nahm soeben nach eingehender Beratung einen Antrag aller Parteien an, worin die Regierung ersucht wird, baldigst Auskunft darüber zu geben, welche Maßnahmen zur Durchführung der vom Ausschuß beschlossenen Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigerem Schuhzeug ergriffen worden sind, bis wann die Notstandsversorgung mit Schuhen zur praktischen Wirksamkeit gelangen wird und in welcher Weise der Konjunkturgewinn der Lederwirtschaft erfaßt und zur Notstandsversorgung mit Schuhen verwandt werden soll. Allseitig wurde in der Debatte der Regierung vorgeworfen, daß sie nach Freigabe der Lederwirtschaft nichts getan hätte. Der Reichswirtschaftsminister erklärte demgegenüber, es sei bereits eine Organisation der verlangten Maßnahmen gebildet, in der alle Interessenten vertreten seien. Angenommen wurde auch ein Antrag, den Kreis der minderbemittelten Bevölkerung nicht zu eng zu ziehen, da heute auch viele selbständige Gewerbetreibende, kleine Rentner usw. darunter fallen. Zu dem Verlangen, daß auch das Schuhmacherhandwerk mit Leder beliefert werden müßte, gab der Minister eine befriedigende Erklärung ab.

Zur Behebung der Verkehrsnot. Innerhalb des Reichsverkehrsministeriums haben weitere Besprechungen stattgefunden, um die Maßnahmen festzulegen, die zur Linderung der Verkehrsnot erforderlich sind. Für eine wirksame Entlastung der Eisenbahn durch die Schiffahrt kommt es mehr denn je darauf an, daß der Kahnraum in vollem Umfange ausgenützt und besonders für die lebenswichtigen Frachten verwendet wird. Besondere Beachtung wird dem Freimachen der mancherorts noch zu Lagerzwecken verwendeten Kähne geschenkt werden. Die Beratungen werden fortgesetzt, weitere Einzelanordnungen auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sind zu erwarten.

Dividendenbeteiligung von Arbeitern. Die Blaenavon-Gesellschaft, eine der größten Steinkohlen- und Hochofenunternehmungen in Südwales, hat beschlossen, ein System einzuführen, nach dem die Arbeiter an der Dividende des Unternehmens beteiligt sind. Danach kann jeder Arbeiter von seinen Ersparnissen bis zu einem Höchstbetrag von 500 Pfund Sterling 7½ % Rente beziehen. Wird aber auf die Aktien eine höhere Dividende bezahlt, dann bekommen die Arbeiter dieselbe Rente. Die Gesellschaft besitzt vier Kohlenbergwerke und große Hochöfen. Der Vorschlag ist von den Arbeitern günstig aufgenommen worden.

Präsident Wilsons Krankheitsgeschichte.

Bericht eines „Augenzeugen".

Präsident Wilson soll sich wieder auf dem Wege der Genesung befinden und, wie es heißt, von seinem Krankenlager aus schon wieder „kleinere", nicht allzu anstrengende Amtshandlungen vornehmen. Daß er aber schwer krank gewesen sei und einen vollständigen Nervenzusammenbruch erlitten haben muß, ersieht man aus einem in den „Newyork Times" veröffentlichten Bericht des Journalisten Charles H. Grasty, der seinerzeit den Präsidenten auf seinem Redefeldzug durch die Vereinigten Staaten begleitet hat.

Man muß sich wundern — schreibt Grasty — daß Wilson erst jetzt und nicht schon viel früher zusammengebrochen ist. Die Arbeit und die vielen Sorgen im Krieg allein würden schon die Widerstandskraft eines Durchschnittsmenschen zermürbt haben. Dazu kam dann, daß der Präsident in Paris stark gegen den Strom schwimmen mußte, als er sich bemühte, die Besieger Deutschlands auf einer gemeinschaftlichen Basis des Verzichtes (!) zu vereinigen. Wer den Kampf, der in Paris ausgetragen wurde, von der Nähe aus beobachten konnte, muß stets die Befürchtung gehegt haben, daß Wilson vor Erschöpfung niederbrechen werde. Und kaum daß er nach Hause gekommen war, zwang man ihm einen mit großer Zähigkeit geführten Kleinkrieg auf. Der Präsident entschloß sich, den letzten Schritt zu tun und den Versailler Friedensvertrag vor das amerikanische Volk zu bringen. Das machte eine äußerst ermüdende Kampagne notwendig. Wir wollen gar nicht von den vierzig Reden sprechen, die mehr oder weniger sich voneinander unterschieden, und auch nicht davon, daß der Präsident fortdauernd mit Washington in telegraphischer Verbindung stand.

Alle mitreisenden Berichterstatter wußten von vornherein, daß, wenn der Redefeldzug ganz durchgeführt werden würde, Wilson am Ende seiner Kräfte sein müßte. Ungeachtet ihrer persönlichen Ansichten über den Friedensvertrag empfanden sie ein gewisses kameradschaftliches Gefühl für den Präsidenten und fragten sich besorgt, wie lange noch ein Mann von fast 63 Jahren, der mehr von seinen Nerven als von seiner physischen Kraft lebte, die Aufgabe, die er sich gesteckt hatte, durchführen könnte. Wilson erörterte diese Frage ganz offen mit seinen Reisegefährten, und immer wieder lehnte er es lächelnd ab, die Sache allzu pessimistisch zu betrachten. Aber schon zehn Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch begann der Organismus zu revoltieren. Es setzte ein Kopfschmerz ein, den der behandelnde Arzt Dr. Grayson nicht beseitigen konnte. Der Präsident scherzte darüber und meinte, daß, wenn seine Konstitution auch erschöpft scheine, er doch noch über eine „Rücklage" von Kräften verfüge, auf die er sich noch eine Zeitlang verlassen könne. Er sei eben früher sehr haushälterisch mit seiner Körperkraft umgegangen. Plötzlich machten sich aber bedenkliche Anzeichen einer ernstlichen Erschöpfung geltend. Während seiner Rede in Pueblo vermochte Wilson sich zwar noch zu beherrschen, und er beendete die Ansprache mit einem kräftigen Schlußworte, aber sein Arzt war nicht zufrieden und ließ den Zug mitten auf offenem Felde anhalten, um mit dem Präsidenten einen Spaziergang zu unternehmen. Am nächsten Morgen legte Dr. Grayson entschiedenen Widerspruch gegen die Fortsetzung des Redefeldzuges ein, da Wilson buchstäblich nicht mehr weiter konnte. Seine Nerven hatten ihn völlig im Stich gelassen.

In der kleinen Familiengruppe, die sich in den drei Wochen im Zuge gebildet hatte, herrschte aufrichtige Trauer, denn man war allgemein der Ansicht, daß Wilson seine Reise und seine Werbearbeit bis dahin glanzvoll durchgeführt hatte. Man muß, wie man sonst auch zu ihm stehen mag, offen anerkennen, daß er echt spartanische Eigenschaften hat.

Von Nah und Fern.

Bessere Kartoffelaussichten in Ostpreußen. Der deutschen Arbeiterzentrale in Königsberg i. Pr. ist es trotz sehr großer Schwierigkeiten gelungen, größere Trupps Polen und Litauer zum Kartoffelgraben über die Grenze zu bekommen. Auch die Vermittlung städtischer Arbeitswilliger aus der Provinz und aus dem Reiche wird eifrig betrieben. Außerdem ist die Bildung von militärischen Erntekommandos veranlaßt worden. Die Schulen sind angewiesen, Schüler, die helfen wollen, zu beurlauben. Alles in allem ist, vorausgesetzt, daß der Frost noch auf sich warten läßt, zu hoffen, daß die im allgemeinen nicht schlechte Ernte unter Dach gebracht werden kann.

Gegen die zunehmende Verbreitung der Opiumzigaretten richtet sich eine Anfrage der deutschnationalen Volkspartei an die Reichsregierung. Die Anfrage lautet: Durch Opiumzusatz vergiftete Zigaretten in englischer Packung werden in immer steigendem Maße in Deutschland vertrieben. Schwere Vergiftung durch solche Zigaretten ist ärztlich festgestellt. Ist der Reichsregierung diese ernste Gefährdung der Gesundheit des deutschen Volkes, zumal der jetzt in Unterernährung heranwachsenden männlichen Jugend bekannt und was gedenkt sie zur Abstellung dieses schweren Übels zu tun?

Verheimlichtes Verbrechen eines französischen Soldaten. Im Saargebiet überfiel nach der Frankf. Ztg. ein französischer Soldat die Tochter eines Grubenbeamten, eine Abiturientin, schleppte sie in den Wald, vergewaltigte sie und brach ihre verzweifelte Gegenwehr, indem er ihr mit einem Dolchmesser mehrere Wunden beibrachte. Das Mädchen starb in der Nacht. Den Zeitungen wurde verboten, irgendeine Notiz über die Sache zu bringen. Als dennoch die Mordtat, weitererzählt, große Erregung unter der Bevölkerung hervorrief, wurde der Landrat des Kreises Saarbrücken gezwungen, eine öffentliche Erklärung zu erlassen, daß in seinem Kreis ein Verbrechen nicht geschehen sei. Dies war insofern richtig, als das Verbrechen an der Grenze auf Ottweiler Grund ausgeführt worden ist.

Eine Hebammenwahl ist die neueste Zeiterscheinung. Oberhessen ist der Schauplatz dafür geworden. In Gedern ließ man die Wahl einer zweiten Hebamme für den Ort durch sämtliche Frauen und heiratsfähige Mädchen vornehmen.

Bestechung des öffentlichen Gewissens durch Spieler wird in Potsdam versucht. Die Vorstände der Potsdamer Spielklubs wollen dem Magistrat zu Potsdam 60 000 Mark als Kohlengeld für die Armen überreichen. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen hat den Oberbürgermeister Vosberg drahtlich gebeten, die Stiftung abzulehnen, damit nicht die Korruption, welche weiten Kreisen und insbesondere Polizeiorganen durch die Spielklubs droht, noch vermehrt wird."

Vermischtes.

„Unter Umständen". In dem von Peter Rosegger begründeten „Heimgarten" erzählt jemand folgende Begebenheit: Ich behob auf der Post eine größere Geldsumme. Daheim zählte ich nach und entdeckte, daß sie nicht stimmte. Sofort begab ich mich zum Schalter zurück und sagte dem Beamten, er hätte sich geirrt. Der Mann schrie mich grob an: „Ah, das geht net, hätten's gleich nachgezählt. Nachher kann a' jeder sagen, daß net stimmt! Das können's schon wissen, daß nachträgliche Reklamationen unter keinen Umständen berücksichtigt werden!" — Ich fragte sehr bescheiden: „Auch dann nicht, wenn Sie sich zu Ihren Ungunsten irrten? Sie gaben mir nämlich 100 Kronen zu viel heraus!" — Jetzt weiß ich ganz bestimmt, daß „unter Umständen" auch „nachträgliche Reklamationen" berücksichtigt werden.

Ganz wie bei uns. Paris ist seit kurzem von einer Geldkalamität bedroht, die den Handel empfindlich stört. Gold sieht man schon seit vielen Monaten nicht mehr, und jetzt sind auch die Silbermünzen fast völlig aus dem Verkehr verschwunden. Der Silberwert eines Fünffrankstückes beträgt heute fast 8 Frank. Die Folge ist, daß alle Welt die Silberstücke zurückbehält und die Juweliere mit dem Einschmelzen der Münzen ein bequemes und einträgliches Geschäft zu machen suchen. Die Krise auf dem Gebiete der Edelmetalle hat aber auch das Papiergeld beeinflußt, das den Bedürfnissen namentlich des kleinen Handelsverkehrs nicht mehr genügt und ebenfalls anfängt, selten zu werden. In vielen Pariser Geschäften und Gastwirtschaften sind Plakate angebracht, in denen die Kunden gebeten werden, nur runde Summen auszugeben, da Wechselgeld fehle. Wer sich diesem Wunsche nicht fügt, dem werden Briefmarken herausgegeben, die aber umgekehrt nicht in Zahlung genommen werden.

Druck: R. Arndt — Verlag G.m.b.H., Berlin.

Sklaven des Goldes

Roman aus dem Frauenleben von Käthe Langenmayr.

82] (Nachdruck verboten.)

Endlich strich er sich über die Stirn und sagte: „Ich glaube, ich habe auch Launen oder Nerven. Wie kann man sich doch nur von ein paar törichten Worten erschrecken lassen. Unsinn! — Es ist alles gut. Ich muß morgen früh aufstehen, denn der Peredanz ist erkältet und soll sich schonen. Hat aber keine Lust dazu. Denkt, ich wollte ihn nur einsperren, damit ich allein regieren kann. Alte, gute Seele! So ganz unrecht hat er eigentlich nicht. Wenn ich meine Arbeit nicht hätte!"

4. Kapitel.

Dem ersten Töchterchen, das in Elberin geboren worden war, folgten im Laufe der Jahre noch ein Mädchen und ein Knabe, die ebenso, wie Klein-Klärchen, von den Tanten und der Großmutter eifrig gepflegt und erzogen wurden.

Die Villa in Buchfeld stand noch immer leer, und die praktische Josephine überlegte längst, ob man das unnütz gewordene Besitztum nicht verkaufen und dafür lieber wieder in Berlin eine Wohnung erwerben sollte. Wenigstens für den Winter. Das würde allerlei Annehmlichkeiten bieten, versicherte sie.

Adalbert widersprach diesen Worten nicht. Er hatte längst aufgegeben, auf eine Abreise der drei Schwestern zu hoffen. Wenn es jetzt endlich dazu kommen sollte, ihm war es recht.

Er hatte nicht wieder Zeit gefunden, mit Klärchen Waldfahrten zu machen oder ihr Märchen zu erzählen.

Er hatte viel zu bedenken, es meldeten sich allerlei Sorgen.

Das Wetter war für die Elberiner Felder in den letzten Jahren sehr ungünstig gewesen. Es regnete zu viel. Die Ernten verdarben und der erhoffte Gewinn blieb aus.

Er hatte niemand, mit dem er seine Sorgen und Befürchtungen besprechen konnte, niemand, der ihm Mut zusprach, wenn es einmal nötig war.

Klärchen war oft leidend und immer verstimmt. Sie konnte es gar nicht mehr begreifen, daß sie früher für das Leben auf dem Lande geschwärmt hatte. Freilich hatte sie es sich damals ganz anders vorgestellt. Ländliche Feste, grüne Bäume und Blumen mußten immer dabei sein.

Und nun waren die Bäume kahl und braun, ringsum nichts anderes zu sehen als nasses, schwarzes Land und dahinter der düstere Kiefernwald. Es war trostlos.

In der Stadt müßte es viel schöner sein. Tante Pauline erzählte so oft von den prächtigen Läden in Berlin; da gab's auch Theater und Konzerte. Klärchen wollte in die Stadt. Nicht nach Buchfeld, das war auch langweilig, lieber nach Berlin.

Adalbert versuchte, sie von diesem Gedanken abzubringen. Er redete ihr freundlich zu, öfter mit ihm in die Nachbarschaft auf Besuch zu fahren. Das wäre zwar etwas anstrengend, brächte aber doch Abwechslung und Unterhaltung

Doch Klärchen konnte ihre ganz unsinnige Angst beim Fahren auf Landwegen nicht überwinden. Sie schrie in Todesangst auf, wenn das Rad an einen Stein streifte, und wenn der Wagen etwas schief nach einer Seite hing, wollte sie hinausspringen. Und die schlechte Laune, die sie nach jeder solcher Fahrt mitbrachte, machte sie zu keinem gern gesehenen Gast.

„Der arme Senzke! Die Frau paßt doch gar nicht aufs Land", hieß es nachher.

Fräulein Josephine hatte unterdessen die Elberiner Verhältnisse genau studiert. Die Landwirtschaft erschien ihr jetzt durchaus nicht so rentabel, wie sie es früher gedacht hatte. Die Sparrwenzelschen Werke — das war denn doch ein ganz anderes Ding gewesen.

Und dazu kam die entsetzliche Langeweile, unter der Klärchen litt. Das Landleben paßte wirklich nicht für das arme Klärchen. Theater und schöne Läden, wie sie in Berlin waren, würden besser für sie sein. Sie sprach auch immer von Berlin und sehnte sich von Elberin weg.

Was Klärchen wünschte, sollte geschehen. Dazu war das Geld da. Klärchen mußte glücklich sein. Sie war die Hauptsache, Joseph Sparrwenzels Enkelin. Es wäre ungerecht, jetzt mehr Rücksicht auf Lothar von Senzkes Sohn zu nehmen. Und ungerecht wollte Josephine nicht sein.

Außerdem stimmten Josephines Wünsche mit Klärchens überein.

Das bißchen Wirtschaften auf Elberin war für Joseph Sparrwenzels Älteste doch keine genügende Tätigkeit gewesen. Seit die Werke verkauft worden waren, gefiel ihr das Leben durchaus nicht mehr so gut wie früher. Sie hatte nie aufgehört, den Fortgang von ihres Vaters einstigem Eigentum zu beobachten, und daher wußte sie, daß jetzt gerade ein Wechsel in der Leitung der Werke bevorstand.

Das wäre eine Stellung für Adalbert. Was ihm zuerst noch an kaufmännischen Kenntnissen dafür fehlte, würde er sich bald aneignen, denn er war tüchtig und begabt. Und sie, Josephine, würde ihm zur Seite stehen. Sie würde durch ihn die ganze Sache leiten.

Von dem vergeblichen Versuch, seinen Onkel für diese Tätigkeit zu gewinnen, wußte Adalbert nichts. Er würde klüger sein, würde daran denken, daß auch sein Vater dereinst diesen Werken sein Interesse zugewandt hatte — so dachte Josephine. Denn sie wünschte es so.

Natürlich mußte Adalbert erst Elberin aufgegeben haben. Das war das erste Ziel, was erreicht werden mußte. —

Klärchen klagte oft über ihr Befinden. Das war früher nicht so gewesen. Josephine fing an, von der Elberiner Sumpfluft zu reden. Man hatte leider zu spät von ihr gehört. Denn der frühere Besitzer hatte mit schlauer Berechnung nichts davon verlauten lassen.

Aber es war klar, die ungesunde Luft war für ihn der Hauptgrund gewesen, seinen Besitz zu verkaufen.

Frau und Kinder waren ihm hier gestorben. Da waren ihm endlich die Augen aufgegangen, und er hatte sich beeilt, in andere, gesundere Umgebung zu kommen.

Jemand hatte erzählt, daß er sich wieder verheiratet hätte und jetzt mit Frau und Kind irgendwo im Süden lebe. (Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

Gemäß § 2 des Gesetzes vom 29. August 1919 (R.-G.-Bl. Seite 1491) und mit Zustimmung des Zehner-Ausschusses der Nationalversammlung wird eine

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

im Betrage von 5 Milliarden Mark hiermit laut untenstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

I. Die Höhe der Anleihe beträgt 5 Milliarden, rückzahlbar innerhalb von 80 Jahren laut Tilgungsplan (3 Milliarden während der ersten 40 Jahre und 2 Milliarden während der letzten 40 Jahre.)

II. Die Anleihe wird in 5 Millionen Spar-Prämienstücken, das Stück zu M. 1000, ausgegeben und ist in 5 Reihen, die mit Lit. A, B, C, D, E bezeichnet werden, eingeteilt. Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (von 1 bis 2500) und jede Gruppe 400 Nummern (von 1 bis 400).

III. Die Anleihe gelangt unter folgenden Bedingungen zur Zeichnung:

1. **Für jedes Spar-Prämienstück von M. 1000 sind als Gegenwert M. 500 in 5% Deutscher Reichsanleihe mit Zinsscheinen, fällig am 1. April oder 1. Juli 1920, zum Nennwert (siehe Ziffer 2 der untenstehenden Zeichnungsbedingungen) und M. 500 in bar einzuzahlen.**

2. Die Zuteilung erfolgt entsprechend der Höhe der Zeichnung; jedoch werden die kleinen Zeichnungen von 1 bis 5 Stück vorzugsweise berücksichtigt.

3. Gewinnverlosungen finden zweimal jährlich am 2. Januar und 1. Juli statt **(die erste Gewinnverlosung ausnahmsweise im März 1920, der nähere Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben);** bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne im Betrage von M. 25 000 000 gezogen.

Gewinnplan.

5	Gewinne zu	M.	1 000 000	M.	5 000 000
5	„	„	500 000	„	2 500 000
5	„	„	300 000	„	1 500 000
5	„	„	200 000	„	1 000 000
10	„	„	150 000	„	1 500 000
20	„	„	100 000	„	2 000 000
50	„	„	50 000	„	2 500 000
100	„	„	25 000	„	2 500 000
200	„	„	10 000	„	2 000 000
300	„	„	5 000	„	1 500 000
400	„	„	3 000	„	1 200 000
400	„	„	2 000	„	800 000
1000	„	„	1 000	„	1 000 000
2500	Gewinne			M.	25 000 000

4. Die Tilgungsauslosungen finden jährlich am 1. Juli statt.

Auf jedes zweite getilgte Spar-Prämienstück entfällt ein mit den Jahren wachsender **Bonus von M. 1000 bis M. 4000.**

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus			Insgesamt
	Stückzahl jährlich	Gesamtbetrag jährlich M.	Stückzahl jährlich	im einzelnen M.	Gesamtbetrag jährlich M.	jährlich M.
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000	75 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000	112 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000	150 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000	150 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000	150 000 000

Ein jedes getilgte Spar-Prämienstück bekommt außerdem einen Zuschlag **von M. 50 für jedes verflossene Jahr.**

Die Gesamtzahl der Stücke, auf die ein Gewinn und Bonus entfällt, beträgt somit 2 900 000, d. h. 58% der Zahl der Spar-Prämienstücke.

5. Ein mit einem Gewinn laut Gewinnplan gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen bis zu seiner eigenen Tilgungsauslosung teil.

Die Auszahlung der laut Gewinnplan entfallenden Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%.

6. Die Gewinne werden 2 Monate nach der Gewinnverlosung (erstmalig jedoch am 1. April 1920), die Tilgungssummen, einschließlich der Zuschläge und des Bonus, am 29. Dezember j. J. gegen Vorlage des Stückes ausgezahlt.

7. Vom Beginn des 20. Jahres ab steht dem Besitzer des Stückes das Recht zu, die Rückzahlung desselben jeweils zum Ende des Jahres bei Innehaltung der Kündigungsfrist von einem Jahr zum Tilgungswert, d. h. zum Nennwert samt den zustehenden Zuschlägen von M. 50 für jedes verflossene Jahr, unter Abzug von 10% zu verlangen.

Rückzahlungstabelle eines Stückes von M. 1000 bei Tilgung und Kündigung.

Wenn die Rückzahlung am Ende folgender Jahre erfolgt	bei Tilgung M.	bei Kündigung M.	Wenn die Rückzahlung am Ende folgender Jahre erfolgt	bei Tilgung M.	bei Kündigung M.	Wenn die Rückzahlung am Ende folgender Jahre erfolgt	bei Tilgung M.	bei Kündigung M.
1	1050	—	30	2500	2250	60	4000	3600
5	1250	—	35	2750	2475	65	4250	3825
10	1500	—	40	3000	2700	70	4500	4050
15	1750	—	45	3250	2925	75	4750	4275
20	2000	1800	50	3500	3150	80	5000	—
25	2250	2025	55	3750	3375			

8. Sollte vor Ablauf von 10 Jahren eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Spar-Prämienstücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

Steuerbegünstigungen der Spar-Prämienanleihe:

a) Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlaßsteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbanfallsteuer. Keine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf 5 Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).

b) Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswerte ergibt, unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer).

Der Ueberschuß des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer.

c) Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen unter III, 3, 4 zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.

d) Bei jeder Art der Besteuerung werden die Prämienstücke bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

1. Annahmestellen. Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. **Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen.**

Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919 mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

2. Zeichnungspreis. Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt M. 1000. Hiervon sind M. 500 in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und M. 500 in bar zu begleichen.

Die mit Januar—Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April—Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, fällig am 1. April 1920, einzureichen. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April—Oktober-Zinsscheinen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage = 1,25% vergütet.

3. Sicherheitsbestellung. Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit M. 100 für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

4. Zuteilung. Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

5. Bezahlung. Die Zeichner sind verpflichtet, die zugeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen.

Die Begleichung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist. Sollen 5% Schuldbuchforderungen zur Begleichung verwendet werden, so ist sogleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW 68, Oranienstraße 92/94, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Begleichung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Vordrucke zu solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Begleichung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsdienstsache. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

6. Ausgabe der Stücke. Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

7. Umtausch der Kriegsanleihen. Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als M. 500 in kleine Stücke tauschen.

Berlin, im November 1919.

Reichsfinanzministerium
Anleihe-Abteilung.

Zeichnung durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft.

Für die Redaktion nach dem Preßgesetz verantwortlich A. Urner in Landeck, Druck und Verlag von A. Urner in Landeck. (Hiezu 1 Beilage).

Beilage zu Nr. 91 des Landecker Stadtblatt. Mittwoch, den 12. November 1919.

Betrifft: Abgabe von Kartoffeln gegen Kartoffelkarten.

Nach § 8 der Anordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1919/20 vom 28. September 1919 (Extra-Kreisblatt vom 9. Oktober 1919, S. 355) ist der Erzeuger verpflichtet, Kartoffeln trotz der Beschlagnahme gegen Abgabe von Kartoffelkarten zu liefern.

Zahlreiche hier eingegangene Beschwerden von Versorgungsberechtigten lassen erkennen, daß viele Erzeuger von dieser Bestimmung gar keinen oder nur wenig Gebrauch machen. Viele Besitzer weigern sich überhaupt, Kartoffeln gegen Kartoffelkarten abzugeben und scheinen den Ernst der Lage und die Schwierigkeiten, in denen sich die Versorgungsberechtigten befinden, nicht genügend erkannt zu haben.

Auch haben sich viele Landwirte nicht an den vorgeschriebenen Erzeugerhöchstpreis, welcher von der Provinzialkartoffelstelle festgesetzt ist und für ganz Schlesien gilt, gehalten, sondern zum Teil den Kleinhandelshöchstpreis überschritten bezw. unerhörte Wucherpreise gefordert.

Es wird in Zukunft gegen diejenigen Besitzer, welche sich derartige Uebertretungen zu schulden kommen lassen, mit den schärfsten Maßnahmen und mit Entziehung der gesamten Ernte vorgegangen werden müssen. Ganz abgesehen davon, daß durch das Zurückhalten der Vorräte und Fordern höherer Preise an einen Abbau der Zwangswirtschaft nicht gedacht werden kann.

Inzwischen wird jedem Besitzer von seinem Gemeindevorsteher mitgeteilt worden sein, was er zu liefern hat. Die Güter haben das Abgabesoll direkt erhalten.

Es ist Pflicht der Erzeuger, dieses Soll restlos aufzubringen. Nur dann kann der Bedarf der Versorgungsberechtigten als gesichert angesehen werden.

Die Ortsbehörden des Kreises ersuche ich, vorstehende Bekanntmachung mehrmals in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen und auch ihrerseits auf die Kartoffelerzeuger wiederholt energisch einzuwirken.

Erzeuger, die Kartoffeln zurückbehalten bezw. höhere Preise fordern, sind mir umgehend anzuzeigen.

Habelschwerdt, den 31. Oktober 1919.

Betrifft: Kartoffelversorgung.

Auf Grund des Rundschreibens der Reichskartoffelstelle vom 23. Oktober d. Js. — E. 38940 — wird in Abänderung des § 2 d der Anordnung vom 28. September 1919 (Extra-Kreisblatt vom 9. Oktober 1919, Seite 354) für den Umfang des Kreises Habelschwerdt folgendes angeordnet:

Einziger §.

Den Kartoffelerzeugern ist zur Deckung der zum Verfüttern freigegebenen Kartoffeln und der Verluste an Fäulnis und Schwund nicht 1/10, sondern nur 1/16 des Ernteertrages einstweilen zu belassen.

Habelschwerdt, den 6. November 1919.

Der Kreisausschuß. von Saldern.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, vorstehende Anordnung in ortsüblicher Weise alsbald bekannt zu geben und die landwirtschaftlichen Kreise zur Vermeidung der Verbreitung unsachlicher falscher Gerüchte darauf aufmerksam zu machen, daß mit einer Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln der Ernte 1919 nicht gerechnet werden kann.

Habelschwerdt, den 6. November 1919.

Kartoffel.

Um eine stärkere Kartoffelablieferung zu erreichen, hat die Reichskartoffelstelle in Berlin mit Wirkung vom 3. November angeordnet, daß für jeden bis 15. Dezember auf die Auflage abgelieferten Zentner Speisekartoffeln neben den bisher auf Grund der Verordnung vom 15. Juni festgesetzten Höchstpreisen und Zuschlägen (Höchstpreis 7 Mk., Schnelligkeitsprämie 50 Pf. pro Zentner und Anfuhrprämie von 5 Pf. pro Zentner und Kilometer bis zum Höchstsatz von 25 Pf.) eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mk. gezahlt werden darf. Diese Schnelligkeitsprämie bezieht sich nur auf Speisekartoffeln.

Gleichzeitig hat die Reichskartoffelstelle angeordnet, daß der Höchstpreis für Speise- und Saatkartoffeln nur dann gefordert werden darf, wenn es sich tatsächlich um verlesene, den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle entsprechende Lieferungen handelt. Saatkartoffeln, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind als Speisekartoffeln und nötigenfalls als Fabrikkartoffeln zu bewerten.

Die Ortsbehörden ersuche ich, Vorstehendes sofort ortsüblich bekannt zu machen und mit allen Mitteln die Aufbringung des Lieferungssolls streng durchzuführen.

Habelschwerdt, den 6. November 1919.

Der Landrat. von Saldern.

Vorstehende Anordnungen bringen wir hiermit den Beteiligten zur Kenntnis.

Landeck, den 10. November 1919.

Der Magistrat. Dr. Joglinsky.

Auszug aus dem Ortsstatut betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in Landeck.

pp.

§ 4

Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Sicherung der Ordnung in der Fortbildungsschule und seines gebührlichen Verhaltens der Schüler werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen sie ohne eine nach dem Ermessen des Schulvorstandes ausreichende Entschuldigung nicht ganz oder zum Teil versäumen.

2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Lernmittel in den Unterricht mitbringen.

3. Sie haben die Bestimmungen der für die Fortbildungsschule erlassenen Schulordnung zu befolgen.

4. Sie müssen in die Schule mit gewaschenen Händen und in reinlicher Kleidung kommen.

5. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Betragen stören und die Schulgerätschaften und Lehrmittel nicht verderben oder beschädigen.

6. Sie haben sich auf dem Wege zur Schule und von der Schule jedes Unfugs und Lärmes zu enthalten.

Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 871) mit Geldstrafe bis zu 20 M. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft, sofern nicht nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe bewirkt ist.

§ 5—9 pp.

§ 10.

Dieses Ortsstatut tritt unter Aufhebung des gleichnamigen vom 23. August 1901 mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Landeck, den 1. Februar 1907.

Der Magistrat.
gez. Dr. Wehse. Pietsch. Schwarzer.

Vorstehendes Ortsstatut wird auf Grund des § 122 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 142 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (Reichsgesetz-Bl. S. 871) hiermit genehmigt.

Breslau den 2. März 1907.

Der Bezirks-Ausschuß. gez. v. Glasow.

Vorstehendes Ortsstatut wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Landeck, den 12. März 1907.

Der Magistrat.

Vorstehenden Auszug bringen wir hiermit zur Beachtung und Erinnerung.

Landeck, den 5. November 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Infolge der Kohlenknappheit kann von Montag den 17. November ab das neue Georgenbad nur noch an jedem Sonnabend geöffnet bleiben.

Es wird gebadet von 2—6 Uhr nachmittags in der Kohlensäureabteilung und in der darüber gelegenen Wannenabteilung. Der Verkauf der Badekarten findet in der Bad-Kanzlei statt.

Landeck, den 8. November 1919.

Die städtische Badeverwaltung.

Es besteht die Möglichkeit, daß sich Arbeiter von außerhalb zur Waldarbeit im Landecker Forst melden. Wer in Landeck, Nieder-Thalheim, Olbersdorf, Karpenstein und Maiersdorf bereit ist, solchen Leuten Unterkunft, vielleicht auch teilweise Verpflegung zu gewähren, wolle sich sogleich bei der **Forstverwaltung Landeck melden.** Erwünscht wäre es, die Leute wegen der gemeinsamen Arbeit nach Möglichkeit auch zu mehreren unterzubringen. Vermieter an solche Arbeiter erhalten vorzugsweise Brennholz.

Forstverwaltung Landeck.

Außerordentlich günstige Gelegenheitsofferte!

Papierkragen.

Schulhefte, nur gute schreibfähige Qualitäten
Lernbücher, Unterhaltungslektüre.

Briefpapiere, Blocks

Briefumschläge, Kassetten, Künstlerkarten.

Emilie Raupach, Hohenzollernstr. 111.

Bahnhof Landeck **Oswald Beier** **Bahnhof Landeck**
Fernspr. 65. Fernspr. 65.
Vertreter des Deutsch-Oesterr. Möbel-Transport-Verbandes

Spedition und Lagerei
Möbel-Transport — Kohle

Uebernahme von Stadt- und Fern-Umzügen,
(Zimmer zu Zimmer)
mittelst Patentmöbelwagen ohne Umladung.
Fachkundige Leitung Zuverlässige Bedienung
Auskünfte, Kostenanschläge ohne Verbindlichkeit,
An-, Abfuhr und Verteilung von Wagenladungen,
eigene Brückenwage (10000 kg Tragfähigkeit)
Beförderung von Stück- und Eilgütern.

Oberschlesier!

Die hier und in der Umgegend wohnenden Oberschlesier werden zwecks Wahl eines Ausschusses in Angelegenheiten der Volksabstimmung und Beratung über die Bildung einer Ortsgruppe zu einer

Versammlung

auf Mittwoch, den 12. November nachm. 4 Uhr im Hotel Blauer Hirsch

hiermit ergebenst eingeladen. Allseitiges Erscheinen wird bei der Wichtigkeit der Sache erbeten.

Czernik. **Lebek.**

Militär-Veteranen-Verein Landeck.

Sonnabend, den 15. November Abends 8 Uhr

Versammlung

im Hotel Blauer Hirsch.

Vortrag

des Kameraden Leutnant d. R. **Schiftan** über

„heitere und ernste Erlebnisse aus der Aisne-Champagne-Schlacht".

Gäste willkommen!

Der Vorstand. J. V. **Hoheisel.**

Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)

Mutterberatungsstelle

(Hinterhaus) Hohenzollernstraße 115 b, unentgeltlich Donnerstag, den 13. November von ½2 bis 3 Uhr und von da an alle 14 Tage.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.
Marie Palfner.

Billige Eier!!!

Frisch

wie aus dem Hühnernest haben Sie stets, wenn Sie

„Garantol"

Bestes Eierkonservierungsmittel der Welt

zum einlegen derselben verwenden.

Packung A für 120 Stück ausreichend 25 Pfg.
Packung B für 300 Stück ausreichend 40 Pfg.

Ring-Drogerie

Eugen Preiss

Tel. 51. **Landeck, Ring 39.** Tel. 51.

Draht-Kartoffelkörbe,
Kartoffel- und Rübenhacken.
Pumpen und Wasserleitungsröhren,
Ton- und Cementröhren.
Ton-Krautfässer und Ferkeltröge.
Dachpappen, Teer, Klebemasse.
Prima Emaille- und Eisengeschirr.
Einkochgläser, Weckapparate
empfiehlt

Arthur Sindermann,

Eisenhandlung,
Ring und neues Seorgenbad.

M.-G.-V. Herren Mittwoch abend 8 Uhr.

Die Gesangstunde d. Jungfrauenkongregation ist Donnerstag abend 7 Uhr.

Stückgüter
aller Art zur Beförderung Annahme sofort durch
A. Schimmel & Sohn
Telephon 9.

Achtung!

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 13. November, abends 7½ Uhr

Mitglieder-versammlung

im Hotel Goldenes Kreuz.

Wahl einer Lohnkommission.

Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Gesucht zu kaufen oder zu leihen

spanische Wand.

Weigel, Villa Erika.

Wer übernimmt Wäsche ausserhalb des Hauses zu waschen?

Angebote an **E. A.** Exp. d. Bl.

Ein zweisitziger

Stoßschlitten

zu verkaufen. Zu erfrag. in der Geschäftsstelle d. Bl.

Gebr. Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Zu erfrag. in der Geschäftsstelle d. Bl.

Derjenige, der mir über den Verbleib meines

silb. Cigarettenetuis

(Inschrift: mors certa, hora incerta) das mir am Donnerstag, 30. v. Mts. in Kerpenstein, Gasthof **Brauner, abhanden gekommen** ist, Auskunft geben kann, wird um Mitteilung gegen hohe Belohnung gebeten.

Leutnant **Bellmann**
Militär-Kurhaus.

Siegelring verloren

(dunkelgrüner Stein) auf dem Wege vom Postamt nach Seitenberger Straße — Waldtempel — Georgenberg — **Militär-Kurhaus.** Gegen Belohnung abzugeben.

Hptm. **von Glinsky**
Militär-Kurhaus.

Kaufe ein

Miet- oder Logierhaus

mit Garten bevorzugt in **Stadt** oder **Bad Landeck.**

Offerten unter „Logierhaus" sind i. d. Expedition d. Blattes abzugeben.

Eine schöne blühende

Blattpflanze zu verkaufen.

Hohenzollernstraße 120,
Gartenh. 1 Treppe.

Husten, Atemnot,

Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.

Zollaufseher **Osburg,**
Heiligenstadt (Eichsfeld.)

Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Beingeschwüren gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Inserate
haben im „Stadtblatt"
besten Erfolg.

Für die Redaktion nach dem Preßgesetz verantwortlich: A. Urner in Landeck. Druck und Verlag von A. Urner in Landeck.